



Öffentliche Beschlussvorlage

Vorlagen-Nr.:	432/2004
Dezernat I gez. Öhmann, 07.12.2004	
Federführung: 10-Organisation, Wahlen, Tul	
Produkt: 10.02.01 Kommunalverfassung und Sitzungsdienst	
Datum: 01.12.2004	

16.12.2004	Rat der Stadt Coesfeld	Entscheidung
Top:	Bemerkung:	

Betreff:

**Antrag der Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V.
Bundeswehrgelände - Beschaffung von Katasterunterlagen / Gründung einer
Auffanggesellschaft**

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld:

Es wird beschlossen, dem folgenden Antrag der Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. zuzustimmen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend aussagefähige Katasterunterlagen und sonstige Pläne (Gebäudebestand) zu beschaffen, damit schnellstens Klarheit über die einer neuen Nutzung zuzuführenden Liegenschaften besteht.

Mit der Bundeswehrverwaltung oder den sonst für die Verwertung der Flächen zuständigen Behörden sind umgehend Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, möglichst schnell verbindliche Preise und Daten der Freistellung der Liegenschaften zu erhalten.

2. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen zur Gründung einer Auffang- und Verwertungsgesellschaft in die Wege zu leiten. Diese Gesellschaft könnte im Rahmen eines PPP-Modells schon die möglicherweise erreichbaren Finanzierungsmittel jetzt herausfinden, prüfen und zeitnah beantragen.

Partner dieser Gesellschaft könnte unter anderem die Stadt, die Sparkasse, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Coesfeld oder der Kreis selbst sein.

Vorschlag der Verwaltung als Alternative zu Vorschlag 2:

Der Fachausschuss wird um Prüfung gebeten, ob eine Auffang- und Verwertungsgesellschaft (evtl. in Form eines PPP-Modells) zur Konversion des Kasernengeländes gegründet werden soll. Zuvor sollte dieses Thema in der geplanten Arbeitstagung „Konversion“ diskutiert werden. Die Verwaltung wird gleichzeitig beauftragt, die möglicherweise er-

reichbaren Finanzierungsmittel jetzt herauszufinden, zu prüfen und zeitnah zu beantragen

Sachverhalt:

Der Antrag der Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es wird auf die Vorlage 431/2004 (siehe: Tagesordnungspunkt 5) verwiesen.

Ob eine Auffanggesellschaft tatsächlich die richtige Form ist, um die Konversion des Kasernengeländes zu betreiben, sollte nach Entwicklung des Nutzungskonzeptes festgelegt werden. Daher schlägt die Verwaltung eine Verweisung an den Fachausschuss vor. Vor Beratung im Fachausschuss sollte in der geplanten Arbeitstagung mit Vertretern der Politik, der Wirtschaft und weiterer Beteiligter die Gründung einer solchen Verwertungsgesellschaft auch in Form eines PPP-Modells geprüft werden.